



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Juni 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 18 der Tagesordnung: Leitlinien gegen Kinderarmut – 3. Fortschreibung Vorlage: 2025/0438

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die dritte Fortschreibung der Leitlinien gegen Kinderarmut zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss am 19. Juni 2026.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Seit circa zehn Jahren halte ich hier Reden zum Thema Kinderarmut. Das wäre okay, wenn sich mal was ändern würde. Aber das tut es kaum. Die Kinderarmut in Deutschland hat sich verfestigt. Das Problem ist, dass wir uns daran gewöhnen könnten. Ist Kinderarmut aber normal? War das schon immer so? Ich kann mich für meine Kindheit und an die Zeit, als meine Töchter in den 80ern klein waren, nee, in den 90ern, daran nicht erinnern. Wenn man nachschaut, 1960 war die relative Kinderarmut ein Randphänomen. 1980 wuchs sie auf sieben Prozent und dann teilweise in Sprüngen auf verfestigte 20 bis 22 Prozent heutzutage. Kinderarmut ist also nicht normal, nicht ein ehernes Gesetz, sondern menschengemacht. Aber nach grüner Sicht nicht in Karlsruhe gemacht. Karlsruhe, die SJB, das Kinderbüro, der Gemeinderat handeln entschieden nach dem Motto: In Karlsruhe wird kein Kind zurückgelassen. Das ist das Ziel.

Aber es stimmt natürlich in der Realität nicht. In Karlsruhe werden Kinder zurückgelassen. Denn die Defizite, die von verschiedenen Bundesregierungen aller Parteien, auch meiner eigenen, her ruhen, können durch Kommunalpolitik nicht ausgeglichen werden. Bürgergeld richtet sich nicht nach dem Bedarf, sondern ist ein Politikum im Bund, um sich als Scharfmacher für eine Scheingerechtigkeit darzustellen. Es ist für eine alleinerziehende Familie in Bürgergeldbezug kaum mehr als einmal im Monat möglich, ins Freibad mit einem kleinen Eis und dem Fahrgeld zu fahren. Schon allein, weil viele Familien über viele Jahre Darlehen vom Jobcenter abbezahlen, also über Jahrzehnte teilweise, wenn man drei Monatsmieten à 10 Euro oder 20 Euro im Monat abbezahlt, also für Kautionen und

Elektrogeräte auch, beziehungsweise Reparaturen, dann ist nichts mehr mit Freizeit oder eine Radreparatur. Dann werden eben Kinder zurückgelassen.

In Karlsruhe leben rund 4.500 Kinder in relativer Armut. Der Armutsbericht stemmt sich dem aber entgegen. Wir geben dennoch nicht auf und gewöhnen uns nicht an Kinderarmut. Und super ist, dass der Anteil der Kinder, die einen Kinderpass erhalten, deutlich gestiegen ist, weil mehr Familien erreicht werden. Und dahinter steckt viel Arbeit. Das ist eben auch nicht von alleine passiert. Und Kreativität auch, also gute Ideen durchaus auch. Neu ist im Bericht die Bearbeitung des Themas Wohnen. Da habe ich mich sehr drüber gefreut. Verbunden mit der Angabe von Maßnahmen, zum Beispiel Wohnungstausch. Eins von vielen kleinen Mitteln, die in der Summe was ergeben. 19 Wohnungstausche hat es bei der Volkswohnung in einem Jahr gegeben, also 40 insgesamt. Es wirkt so positiverweise, als wolle die SJB beim Thema Wohnen als vermutlich wichtigste soziale Frage ...

(Der Vorsitzende hebt die rote Karte: Frau Stadträtin!)

- Ich bin gleich fertig.

Über die Akquise hinaus aktiv werden und Stellung nehmen. Und das wird Zeit. Das Ziel ist und bleibt, kein Kind zurückzulassen. Das ist momentan ein immer schwierigerer Weg.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Kinderarmut ist eine der bedrückendsten Formen sozialer Benachteiligung. Sie ist für jedes einzelne betroffene Kind furchtbar und folgenscher. Kinderarmut bedeutet oft eingeschränkte Zugänge zu Bildungs- und Entwicklungschancen, weniger gesellschaftliche Teilhabe und schlechtere Zukunftsperspektiven. Und sie ist nicht nur ein Problem für die betroffenen Kinder selbst, sie ist ein Problem für unsere gesamte Gesellschaft insgesamt. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Karlsruhe seit vielen Jahren intensiv gegen Kinderarmut vorgeht.

Die nun vorliegende dritte Fortschreibung der Leitlinien zeigt, dass dieses Engagement nicht nachlässt, sondern konsequent weiterentwickelt wird. Besonders erfreulich ist dabei, dass wir in Karlsruhe durchaus Erfolge vorweisen können. Viele Maßnahmen greifen, Unterstützungsangebote wurden ausgebaut und die Teilhabechancen vieler Kinder konnten verbessert werden. Das ist ein Verdienst der Stadtverwaltung, der freien Träger und ganz besonders vieler engagierter Menschen, die sich täglich für Kinder und Familien in Karlsruhe einsetzen. Die CDU-Fraktion begrüßt daher die dritte Fortschreibung der Leitlinien ausdrücklich. Die Leitlinien sind für uns ein wichtiger Orientierungsrahmen im gemeinsamen Kampf gegen Kinderarmut. Sie machen deutlich, dass dieses Thema eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt. Wir werden den weiteren Weg konstruktiv begleiten. Unser Ziel ist klar: Kein Kind darf aufgrund seiner sozialen Herkunft oder der finanziellen Rahmenbedingungen seiner Familie von Chancen ausgeschlossen werden. Deshalb werden wir alle sinnvollen und wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut weiterhin unterstützen und fördern.

Stadträtin Schmid (SPD): Kinder in Armut sind ein Armutszeugnis, politisch wie gesellschaftlich. Wir hören es ständig, und ich kann es ehrlich gesagt auch nicht mehr hören: Die Konjunktur schwächelt. Oder gestern ganz laut: Die Kommunen sind am Limit. Und das stimmt auch alles. Dennoch sollten wir uns bitte auch vor Augen führen, dass Deutschland immer noch die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt ist. Wenn wir also über die

Abschaffung von Kinderarmut sprechen, dann ist das kein Wunsch-dir-Was. Es ist auch keine Frage des Geldes, es ist einzig und allein eine Frage des politischen Willens. Grüße gehen raus nach Berlin.

Im Namen der SPD-Fraktion danke ich allen Beteiligten ausdrücklich, die an dieser dritten Fortschreibung mitgewirkt haben. Sie haben die Realität ungeschnörkelt zu Papier gebracht. Sie zeigen ganz eindringlich: Armut ist eben nicht nur materielle Schlechterstellung. Armut bedeutet soziale Isolation, im Zweifel schlechtere Gesundheit. Sie bedeutet in Karlsruhe ganz konkret für das Jahr 2025, dass über 5.400 Karlsruher Kinder den Kinderpass brauchten, um überhaupt teilhaben zu können. So gut es ist, dass wir diesen Karlsruher Kinderpass haben, darf dies eben nicht unseren Blick trüben, dass es fehlender politischer Mut auf anderer Ebene ist, der hier so tut, als ob Aufwachsen in Armut Schicksal wäre. Uns hat besonders gut gefallen, dass diese Leitlinien mit konkreten Zielen arbeiten.

Ich möchte hier zwei Punkte ganz gerne und ganz dick unterstreichen. Zuerst Ziel 7 aus dem Handlungsfeld sozialer Teilhabe: Kinderarmut konsequent bekämpfen und die Mittel trotz knapper Kassen sichern. Das ist unsere Pflicht hier als Gemeinderat, und ich finde, das sollten wir prioritär behandeln. Und zweitens Ziel 3 aus dem Handlungsfeld Bildung und Kultur: die echte Beteiligung von Kindern und Eltern im Alltag. Warum? Weil wir so von klein auf Demokratie lernen und leben. In Zeiten, in denen alles Soziale auf dem Prüfstand steht, verteidigen wir in diesem Gremium eben mehr als nur Budgets. Wir verteidigen auch das Vertrauen in unsere Demokratie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sitzen hier alle zusammen, Monat für Monat, weil wir Haltung zeigen und eben nicht einem menschenverachtenden Systemwechsel Vorschub leisten wollen. Dafür braucht es weiter eine wehrhafte und vor allem soziale Demokratie, die kein Kind zurücklässt.

Stadtrat Stolz (AfD): Die Bekämpfung von Kinderarmut ist selbstverständlich eine wichtige Aufgabe. Kein Kind sollte aufgrund der finanziellen Situation seiner Eltern von Bildung, Sport oder gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Die Fortschreibung enthält viele sinnvolle Ziele. Allerdings zeigt die Vorlage selbst ein zentrales Problem auf: Oft fehlt nicht das Angebot, sondern der einfache Zugang dazu. Karlsruhe verfügt bereits über zahlreiche Unterstützungsangebote, vom Kinderpass über Bildung und Teilhabe bis hin zu Familienzentren und Beratungsstellen. Für viele Betroffene ist jedoch kaum überschaubar, welche Leistungen ihnen zustehen und an wen sie sich wenden müssen. Deshalb sollte der Fokus künftig weniger auf neuen Programmen liegen, sondern stärker darauf, bestehende Hilfen einfacher auffindbar und zugänglich zu machen. Zudem stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit. Welche Angebote werden tatsächlich genutzt? Welche Hilfen erreichen die Zielgruppen nicht? Und welche Maßnahmen verbessern nachweislich die Lebenssituation von Kindern? Gerade in Zeiten angespannter Haushalte sollten wir nicht nur über gute Absichten sprechen, sondern auch über messbare Ergebnisse. Kinderarmut bekämpfen heißt nicht automatisch, immer neue Angebote zu schaffen. Kinderarmut bekämpfen heißt vor allem, vorhandene Hilfen wirksam, verständlich und unbürokratisch bei den Familien ankommen zu lassen.

Stadtrat Nguyen (Volt) Auch von uns vielen Dank an die Verwaltung, an die freie Wohlfahrtspflege für diese Fortschreibung. Wir begrüßen diese ausdrücklich. Wir bedanken uns auch, dass die Stadt dieses Thema weiterhin so ernst nimmt. Vielleicht als Einzige auf die Struktur auch eingehend, was da drin steht. Es ist jetzt nun ganz neu, dass jedem Ziel

Maßnahmen zugeordnet werden. Das finden wir gut, weil das Ganze dann auch greifbarer wird und man das dann auch messen kann.

Ich möchte aber auch darüber sprechen, was jetzt in den Leitlinien nicht mehr steht. Und in der Fortschreibung 2019 stand noch, Zitat, „oberste Priorität: die Bekämpfung von Kinderarmut“. Diese Formulierung ist raus. 2019 war auch das Ziel formuliert, Kita-Plätze langfristig für alle Eltern kostenfrei zu machen. Das steht jetzt auch nicht mehr drin. Wir streichen das nicht, weil wir das Ziel erreicht haben, sondern wir streichen das, weil wir es uns nicht mehr leisten können und wollen. Ab September '27 soll auch die Geschwisterkind-Regelung wegfallen. Das heißt, Familien mit mehreren Kindern werden vielleicht noch mal deutlich mehr zahlen. Auch dazu steht nichts in den Leitlinien. Die Leitlinien sagen, Kinder und Jugendliche sind die am stärksten von Armut gefährdete Gruppe. Das ist richtig. Auch in Karlsruhe sind es über 4000 Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Es ist kein primär kommunales Versäumnis, wie andere auch schon erkannt haben. Das passiert nun mal, wenn man jahrzehntelang politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene verschläft. Die Grundsicherung ist gescheitert, Wohnen wird unbezahlbar. Die aktuelle Bildungsfinanzierung, BAföG und so weiter, das reicht bei Weitem nicht. Das wurde zu wenig für und in die zukünftige Generation investiert.

Und ich glaube, Herr Noé, vor all diesen Herausforderungen, die auf die Kinder zukommen, ich glaube, kein Kind juckt, was die Rekord-pro-Kopf-Verschuldung ist. 78 von 100 Akademiker-Kindern beginnen ein Studium. Und wenn ich mich hier umsehe, wir haben vorhin auch auf die Leinwand geguckt, 11 mit Dokortitel, also wir sind hier wirklich in einem elitären Kreis. Von Nicht-Akademiker-Kindern sind es nur 25, die das schaffen. Und laut OECD braucht in Deutschland ein Kind, das in Armut geboren wird, sechs Generationen, 180 Jahre, damit sich das Einkommen an das Durchschnittseinkommen angleicht. Armut wird vererbt. Das ist nicht einfach nur individuelle Verschuldung. Ich bin auch in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Ich kann an einer Hand abzählen, bis zum 20. Lebensjahr, wie oft wir in einem Restaurant waren. Kein Urlaub auf Mallorca, keine Abifahrt, kein Schüleraustausch. Für die anderen Kids war das einfach ganz normal. Man geht auch ganz anders ins Leben, mit einem ganz anderen Selbstverständnis und Unsicherheit, wenn die Eltern immer diese Sorge hatten, ob das Geld am Ende des Monats reicht. Und dass ich heute in dieser elitären Sitzung ...

(Der Vorsitzende hebt die rote Karte)

- Ich bin auch gleich fertig, die anderen haben auch heute über die Stränge geschlagen.

Dass ich hier sitzen darf, das ist statistisch sehr unwahrscheinlich. Menschen haben an mich geglaubt, da war Glück dabei und das war eine enorme Anstrengung. Aber ein System, in dem ein Kind mit gleichen Fähigkeiten und Talent wie ein anderes Kind einfach Glück braucht und sich viel mehr anstrengen muss, das ist kein gerechtes System. Und wir werden als Fraktion immer darauf hinarbeiten, dieses System zumindest hier in Karlsruhe gerechter zu machen.

Der Vorsitzende: Also ich darf Sie einfach bitten, in den Fraktionen das noch mal mit der Redezeit zu unterstreichen. Frau Böringer hat hier vorgelegt, es wird jetzt reihenweise gebrochen. So können wir nicht weitermachen. Deswegen, für heute ist es okay, und es kommen noch ein paar Beiträge, aber bitte ab dem nächsten Mal es wieder ernst nehmen.

Gegen zehn Sekunden sagt niemand was, aber wenn wir jetzt auf eine halbe Minute gehen und darüber, dann brauchen wir es auch gar nicht festzulegen. Da einfach diese Bitte. So, jetzt geht es weiter.

Stadträtin Duran (Die Linke): Die Leitlinien gegen Armut finden wir klasse und unterstützen das in jedem Handlungsfeld, Ziel und Maßnahme. Durch meine Arbeit als Sozialarbeiterin und Familienhelferin habe ich leider viel Erfahrung mit den Kindern, die in Armut wachsen müssen. Deswegen möchte ich einfach ein paar Sätze zu den einzelnen Handlungsfeldern sagen.

Zu sozialer Teilhabe: Ich finde, dass die Hilfen sehr oft zu spät bewilligt werden und auch manchmal zu früh beendet werden durch die Sparmaßnahmen. Karlsruher Kinderpass ist eine sehr gute Sache, deckt aber trotzdem nicht den Bedarf, und viele Angebote sind trotzdem noch zu teuer für die Familien. Angebote, die für frühkindliche Entwicklung, sind auch nicht bedarfsdeckend, meiner Meinung nach. Das sind sehr viele Wartezeiten. Zum Beispiel beim SBZ, wenn man für ein Kind eine Diagnose braucht, damit das Kind die notwendigen Förderungen oder Therapien bekommt, muss man mit einer Wartezeit von 18 Monaten rechnen. Das heißt, wenn man Glück hat, hat man nach zwei Jahren mit Behandlungszeit oder Untersuchungszeit eine Diagnose, und dann kann man erst eine Therapie oder eine Förderung bekommen. Und bei der Frühförderstelle ist eine Wartezeit von mindestens sechs Monaten, und mit Terminen vielleicht ein Jahr dann, dass man zu einem Ergebnis kommt. Familien warten teilweise Monate oder Jahre auf einen Kindergartenplatz. Ich habe Familien, die entweder gar keinen Kinderplatz bekommen bis zu Schulbeginn oder erst mit fünf Jahren. Aktuell suche ich zum Beispiel für ein Kind, der fünfeinhalb Jahre alt ist, der von Autismus-Spektrum betroffen ist und zu Hause ist und keinen Kindergartenplatz bekommt, obwohl er einen hohen Bedarf hat.

Zum Handlungsfeld Existenzsicherung möchte ich sagen, Es gibt Familien, die ihre Kinder kein Vesper mitgeben können, die keine Geburtstage feiern können, oder Kinder, die zu Hause bleiben, weil sie keine Fahrkarte haben. Über die Gründe können wir diskutieren, oder über die Möglichkeiten, aber die Kinder sind von diesen Sachen betroffen. Also eigentlich wollte ich viel mehr sagen, aber ich glaube, meine Zeit ist bald zu Ende. Im Allgemeinen möchte ich sagen: Ich möchte eigentlich diese Leitlinien nicht kritisieren, aber wir müssen die passender machen und wir müssen die zugänglicher machen für die Familien.

Stadträtin Döring (KAL): Wir haben es schon gehört, etwa 4.500 Kinder leben in Karlsruhe in Armut. Das sind 10 Prozent der Kinder in Karlsruhe oder zwei Kinder in einer durchschnittlichen Kita-Gruppe mit 20 Kindern. Das ist eine erschreckende Zahl. Immer noch. Und immer noch ist genauso erschreckend, dass vor allem Kinder alleinerziehender Mütter häufig von Armut betroffen sind. Da irritiert es doch schon, dass der Bundeskanzler sich dafür vorstellen kann, den Unterhaltsvorschuss als mögliches Einsparpotenzial zu identifizieren. Aber das ist eine andere Ebene. Denn dankbarerweise haben sich der Karlsruhe Gemeinderat und die Stadtverwaltung schon früh auf einen anderen Weg begeben. Hier wurde anerkannt, dass wir Armut insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sehen müssen, dass wir Wege erarbeiten, wie man den negativen Auswirkungen von Armut begegnen kann. Teilhabestärken, der Karlsruher Pass und der Kinderpass sind dafür wichtige Instrumente. Wohnraum sichern, den betroffenen Familien nicht einfach den Strom oder das Wasser abdrehen, weil die Zahlungen ausbleiben. Beratung und Unterstützung beispielsweise in den Familienzentren.

Der Bericht zeigt aber auch: Es fehlt uns nicht an Beratung und Instrumenten, aber die Zugänge müssen niederschwelliger werden, damit die Unterstützung da ankommt, wo sie gebraucht wird. Und auch hier zeigt sich, wie bei so vielen Themen in unserer Stadt, wenn wir mit den Menschen reden und nicht über sie, wenn wir sie an der Ausarbeitung von Maßnahmen beteiligen, werden diese passgenauer. Barrieren werden abgebaut und Stigmatisierung wird entgegengewirkt. Ich würde mir auch wünschen, dass wir irgendwann keinen Bericht mehr zur Kinderarmut brauchen. Schlicht, weil es keine mehr gibt. Aber bis dahin erst mal danke für diesen sehr klar strukturierten Bericht, und danke an alle Beteiligten, die sich dieser Aufgabe stellen. Und für meine Fraktion ist klar: Wir sehen hier keine Einsparpotenziale mehr. In den nächsten Sparrunden sind die Werkzeuge, die Armut betreffen, für uns nicht verhandelbar.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich spreche für die FDP und für die Freien Wähler und für Für Karlsruhe. Ich staune immer wieder, wie vielen Dingen wir Gutes tun. Also wir sind auf einem hohen Standard hier. Meine Anerkennung gilt wirklich dem hochaktiven Team und dem sehr engagierten Team und den freien Trägern. Das ist das Besondere zunächst. Und das sollten wir hervorheben. Ich klage mit Ihnen über diese Problematik, die Zugänge besser zu gestalten. Es zeigt sich einfach, dass Menschen einfach den Weg nicht finden zu den Hilfen, die sie brauchen. Und da müssen wir dran arbeiten. Hier an der Stelle ist wirklich nötig, dass man nachjustiert. In Karlsruhe wird kein Kind zurückgelassen, heißt es. Ob das wirklich gelingt, weiß ich nicht. Aber es ist auf jeden Fall so, dass der Karlsruhe Pass wird besser wahrgenommen. Es gibt verschiedene Angebote, die werden besser wahrgenommen. Von der Seite her, ich betone jetzt ein bisschen mehr das Positive, muss man sehen, dass hier Gutes gelingt. Aber für die Zukunft ist wichtig: Wir können es uns nicht leisten, weiter abzubauen. Wir müssen dabei bleiben. Das ist ein Niveau, das wollen wir nicht senken. Wir wollen, dass zum Beispiel auch Kinder für Sport, also bezüglich Gesundheit, dass sie freie Zugänge zum Sportverein haben. Wir wollen, dass Familien- und Kinderzentren wirklich weiterhin diese Stellung einnehmen. In den Quartieren muss tatsächlich eine Anlaufposition da sein, ein Ort, wo Kinder hinkommen können und Eltern in ihren Fragestellungen. Vom Mentalen her würde ich noch mal betonen: Ich wünsche mir, wir wünschen uns, dass Karlsruhe ein Ort ist, wo Kinder gerne leben, wo sie fröhlich sein können, wo sie unbeschwert leben können. Und das sind Kinder auch in der Öffentlichkeit, das werden immer weniger. Und mein Wunsch ist, dass es mehr Kinder in Karlsruhe gibt und dass die Geburtenrate wieder steigt, weil es den Kindern hier gut geht.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur noch mal deutlich machen auf Ihre Darstellung, Herr Stadtrat Nguyen. Auch wenn diese Ziele rausgefallen sind, ist es nach wie vor so, dass es den Anspruch auf wirtschaftliche Jugendhilfe gibt. Also wenn wir von Kindern in Armut reden, müssen die keine Kindergartenbeiträge entrichten, auch wenn wir die Geschwisterkind-Regelung reduzieren. Und sie müssen auch nicht Benachteiligungen erfahren, weil wir jetzt das Ziel nicht erreichen, das für alle umsonst zu machen. Das war damals das Thema, dass wir das, was wir für die Kinder in Armut tun, auch ein Stück weit irgendwann für alle Kinder erreichen wollen. Aber speziell für die Kinder in Armut gibt es weiter natürlich diese Förderung. Das ist mir an der Stelle ganz wichtig. Nur es gibt eben dadurch nach wie vor diese zwei Klassen. Die einen, die zahlen, die anderen nicht. Aber die Kinder in Armut erst mal sind von diesen Dingen nicht betroffen.

Stadträtin Döring (KAL): Ich habe nur eine kleine Bitte noch, weil die Frau Duran hat ein ziemlich wichtiges Thema angesprochen, das nicht per se was mit Armut zu tun hat. Das ist das Thema Wartezeiten, SBZ und Frühförderstelle. Wenn wir das an anderer Stelle noch mal vertieft beraten könnten, da wäre ich sehr dankbar für.

Der Vorsitzende: Ja, lassen Sie, oder überlegen Sie mal, wie Sie das auf die Tagesordnung kriegen. Da sind wir natürlich gerne bereit. Ich wollte jetzt darauf speziell nicht eingehen, weil es noch mal an, ich sag mal, Dinge kombiniert, an eine besondere Zielgruppe. Und das macht einen dann schon betroffen, wenn diese Klärungszeiten so, das hat erst mal mit Armut nichts zu tun, sondern mit den entsprechenden, und oft ist es aber beides, sowohl arme Familien als auch besondere Herausforderungen.

Wir kommen damit zu den, ich muss mal gucken, ob es ein Beschluss ist, ne, ist eine Informationsvorlage. Da müssen wir gar nicht abstimmen. Sie haben es alle sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen und haben noch viele Vorschläge. Ich darf einfach noch mal den Dank zusammenfassen an die, die sich mit dem Thema intensiv beschäftigen und die uns jetzt auch weiter diese Leitlinien erarbeiten und vor allem dann auch umsetzen, soweit das finanziell möglich ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Juli 2026